

Digital gegen die Krise: IT-Fachkräfte dringend benötigt

„Wir sind bund“ – das ist das Motto und der Name der laufenden Kampagne des Stellen- und Ausbildungsportals der Bundesverwaltung, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entwickelt hat. Mit vier bunten Sprechblasen in geometrischen Formen hinterlegt ist der Schriftzug seit Beginn des Jahres in Werbespots und auf Plakaten zu sehen. „Wir sind bund“ ist nur ein Beispiel für die vielen Kampagnen und Projekte der Bundesverwaltung, die junge Menschen wie auch Menschen mit Berufserfahrung ansprechen, um sie für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. In vielen Bereichen wird Nachwuchs gesucht, ganz besonders aber liegt der Fokus immer wieder auf IT-Fachkräften.



Quelle: Henning Schacht

Dr. Markus Richter

Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik

Der IT-Fachkräftemangel ist ein Problem, mit dem die Bundesverwaltung nicht alleine dasteht. Eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom e.V. stellte Ende 2020 fest, dass in Deutschland über alle Branchen – außer dem öffentlichen Sektor – verteilt 86.000 Stellen für IT-Fachkräfte unbesetzt sind. Für den Bundesdienst alleine fehlen bis zum Jahr 2023 bis zu 23.000 IT-Fachkräfte. Um künftig mit Arbeitgebern aus der Privatwirtschaft konkurrieren zu können, muss die Bundesverwaltung sich nicht nur gut nach außen präsentieren. Sie muss auch in sich selbst investieren sowie innovativer und agiler werden.

Dem IT-Fachkräftemangel begegnen

Für eine verstärkte Gewinnung und Bewerbung von IT-Fachkräften ist die gesamte Struktur des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu betrachten. Der öffentliche Dienst bietet viele Vorteile. Sicherheit, flexible Arbeitsmodelle, Aufstiegsmöglichkeiten und umfassende Fortbildungsangebote sind dabei nur einige Beispiele. Gerade in den letzten Jahren konnten zum Beispiel durch eine Reihe tarif- und besoldungsrechtlicher Verbesserungen und Flexibilisierungen für das Bestandspersonal sowie für die Fachkräftegewinnung wichtige Fortschritte erzielt werden. Der Blick auf die

gesamte Struktur lässt jedoch auch noch Baustellen sichtbar werden. Diesen widmet sich seit 2019 die vom Digitalkabinett eingesetzte interministerielle Arbeitsgruppe „Personal in der Digitalen Verwaltung (PersDiV)“.

In mehreren Unterarbeitsgruppen betrachtet die AG PersDiV gezielt Themen wie die Gewinnung von Schlüsselfachkräften, die Diversifizierung von Abschlüssen und neue Arbeitsweisen. Zudem hat sie den Aufbau einer Arbeitgebermarke Bund angeregt, der inzwischen in die Federführung des BMI übergegangen ist. Ein weiterer Schwerpunkt der AG liegt auf der Stärkung digitaler Kompetenzen in der Bundesverwaltung. Gerade dies spielt eine wichtige Rolle, denn neben der Gewinnung von neuem Personal ist es essenziell, auch in die Digitalkompetenzen des Bestandspersonals zu investieren und die Ausbildung von Digitalkompetenzen in die dualen Studiengänge der Hochschulen des Bundes zu integrieren.

Digitalkompetenzen ausbauen

Der Kompetenzaufbau in der Bundesverwaltung durch allgemeine berufsbegleitende Fortbildungen – insbesondere der Fortbildung von Nachwuchskräften und Führungskräften sowie der Fortbildung



im internationalen Bereich – ist Aufgabenschwerpunkt der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV). Diese hat in Bezug auf die Digitalisierung drei zentrale Kompetenzgebiete identifiziert: Fachliche Kompetenzen, soziale Kompetenzen und sogenannte Selbstkompetenzen. Die fachlichen Kompetenzen umfassen dabei Fähigkeiten, wie die Potenziale der Digitalisierung für den eigenen Arbeitsbereich nutzbar zu machen, nicht digitalisierte Geschäftsprozesse in digitale Prozesse umzuwandeln und Daten aus unterschiedlichen Quellen zu analysieren, zu bewerten, miteinander zu verknüpfen und für die eigene Arbeit aufzubereiten. Zu sozialen Kompetenzen gehören Fähigkeiten wie die Initiierung, Steuerung und aktive Mitgestaltung von Change-Prozessen oder die agile und zielorientierte Führung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch zählen die Fähigkeiten dazu, Mitarbeitende zu einem engagierten Team zu formen, beim Einsatz technischer Kommunikationsmittel Empathie und Wertschätzung zu zeigen sowie den richtigen Kommunikationsweg für die jeweilige Situation zu wählen. Selbstkompetenzen sind unter anderem die Fähigkeit, sich selbst zu reflektieren, sich ständig weiterzuentwickeln und sich auf neue Arbeitsformen einzulassen.

Der digitale Wandel geht mit neuen Anforderungen einher. Die BAKöV zielt daher auf punktgenaue Fortbildungen, die den konkreten Bedarf der und des Einzelnen treffen. Dazu werden aufgabenbezogene Anforderungsprofile in den Behörden entwickelt, die bereits die künftigen Veränderungen durch die Digitalisierung der

Arbeitswelt und durch die Einführung neuer, moderner Arbeitsformen (New Work), aber auch durch andere Entwicklungen, zum Beispiel im Bereich der Nachhaltigkeit, berücksichtigen. Offenheit für Innovationen, Kreativität, Flexibilität und Selbstständigkeit kann nicht erzwungen werden. Ein Fortbildungsangebot, das diese Werte vorlebt, kann viele Beschäftigte an neue Arbeitsweisen heranführen. Vorreiter hierfür ist die Digitalakademie für die Bundesverwaltung. Sie ist Teil der BAKöV und wird ab Ende Mai 2021 allen Beschäftigten des Bundes zur Verfügung stehen.

Die Digitalakademie

Die Digitalakademie wird zunächst als Onlineportal starten, auf dem Fortbildungsangebote für verschiedene Zielgruppen und Aufgabenbereiche zur Verfügung gestellt werden. Diese Angebote werden sukzessive weiter ausgebaut. Die Digitalakademie wird so zum einen digitale Lernformate wie Webinare, elektronische Lernprogramme und Lernvideos und zum anderen dann aber auch Präsenzveranstaltungen wie Seminare und Workshops umfassen.

Ergänzend zu den Vorhaben der Digitalakademie wird zudem zurzeit durch den IT-Planungsrat der eGov-Campus, eine verwaltungsübergreifende digitale Hochschulplattform für „eGovernment – Verwaltungsinformatik“, aufgebaut. Im Gegensatz zur Digitalakademie liegt der Fokus des eGov-Campus auf den Hochschulen und somit auf der Ausbildung.

Die Digitalisierung stellt die Bundesverwaltung vor gewaltige Herausforderungen.

Doch während häufig über Infrastruktur und Verwaltungsdienstleistungen diskutiert wird, dürfen wir die Menschen dahinter nicht vergessen. Dafür ist die Bundesverwaltung innovativer, agiler und effizienter zu gestalten: Personalgewinnung – wie durch die „Wir sind bund“-Kampagne und die Ausbildungsgänge der Hochschulen des Bundes – und Personalentwicklung – wie durch die Fortbildungsangebote der BAKöV im Rahmen der Digitalakademie – spielen hier eine zentrale Rolle. Nur eine Verwaltung, deren Personal offen für Innovation und neue Arbeitsweisen ist, wird den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen können. Daher müssen wir es schaffen, Räume zu kreieren, in denen die Beschäftigten sich mit den Möglichkeiten der digitalen Transformation auseinandersetzen und Innovation erleben können. So können insbesondere Kreativität und die Offenheit gegenüber neuen Technologien gefördert werden. Sie bilden die Grundvoraussetzung für einen Innovationswillen und die Bereitschaft, sich neue Digitalkompetenz anzueignen.

Nicht nur aufgrund des Fachkräftemangels, sondern insbesondere aus der Motivation heraus, die Arbeitswelt von morgen mitzugestalten, ist es essenziell, in die Stärkung der Digitalkompetenzen aller Beschäftigten zu investieren. Denn eines ist sicher: Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für den Fortschritt in vielen Lebensbereichen. Diese gilt es zu ergreifen und zu realisieren. |

SERVICE

Abonnement PublicGovernance

Gerne senden wir Ihnen zukünftige Ausgaben unserer Zeitschrift PublicGovernance kostenfrei zu.

Bitte beachten Sie, dass der Versand von PublicGovernance nur an Mitglieder der Geschäftsleitung, Aufsichtsratsmitglieder und Verwaltungsräte öffentlicher Unternehmen sowie Angehörige der öffentlichen Verwaltung erfolgt. Auf unserer Homepage www.publicgovernance.de können Sie das Bestellformular ausfüllen oder die Zeitschrift direkt unter de-publicgovernance@kpmg.com abonnieren. Unsere Adresse finden Sie im Impressum unten auf dieser Seite.

Abbestellung: Wenn Sie die Zeitschrift PublicGovernance künftig nicht mehr erhalten möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an de-publicgovernance@kpmg.com.



Impressum

PublicGovernance
Zeitschrift für öffentliches Management

Frühjahr 2021
ISSN 1866-4431

Herausgeber:

Institut für den öffentlichen Sektor e.V.
Klingelhöferstraße 18
10785 Berlin

T +49 30 2068 2060
F +49 1802 11991 3060
de-publicgovernance@kpmg.com

www.publicgovernance.de

Vorstand des Instituts:

Ulrich Maas
Diethelm Harwart

**Wissenschaftlicher Leiter
des Instituts:**

Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid

V.i.S.d.P.:

Dr. Ferdinand Schuster

Redaktion:

Nathalie Friz
Franziska Holler
Nina Kairies-Lamp
Michael Plazek
Oliver Rolle
Marie-Sophie Steinkraus

Ansprechpartner

Dr. Ferdinand Schuster

Institut für den öffentlichen Sektor e.V.
Klingelhöferstraße 18
10785 Berlin
T +49 30 2068 2060
de-publicgovernance@kpmg.com

Ansprechpartner in der Schweiz

Marc-André Giger

KPMG AG
Hofgut
CH-3073 Gümligen
T +41 58 249 21 11
marcandregiger@kpmg.com

www.publicgovernance.de

Die enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und nicht auf die spezielle Situation einer Einzelperson oder einer juristischen Person ausgerichtet. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir nicht garantieren, dass diese Informationen so zutreffend sind wie zum Zeitpunkt ihres Eingangs oder dass sie auch in Zukunft so zutreffend sein werden. Niemand sollte aufgrund dieser Informationen handeln ohne geeigneten fachlichen Rat und ohne gründliche Analyse der betreffenden Situation.

Die Ansichten und Meinungen in Gastbeiträgen sind die des jeweiligen Verfassers und entsprechen nicht unbedingt den Ansichten und Meinungen des Instituts für den öffentlichen Sektor e.V.

© 2021 Institut für den öffentlichen Sektor e.V. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.